

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die
Briefträger, die Zeitungsboten und die
Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Verkehrs-
störung usw. ersicht jeder Anrufer auf Ver-
langen bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außershalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 15 Goldpfennig, einleit. Umgeklebter, Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. 11.

Nr. 42.

Mittwoch, den 26. Mai 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung beschließt, bei den Befähigungsprüfungen einen neuen Schritt wegen der Mängel des bisherigen Betriebes zu unternehmen.
* Der Oberbefehl der deutschen Luftfahrt gegenüber dem Einsatz hat sich im April fast verdoppelt. Im März betrug der überaus 278 Millionen Reichsmark, im April nur noch 53 Millionen.

* Die Zahl der Toten bei dem Saalöder Explosionsunglück beträgt nach den letzten Feststellungen 11.

* Nach einer amtlichen Nachricht aus Madrid haben Franzosen und Spanier erhebliche Erfolge gegen die Aufständischen erzielt. Abd-el-Krim soll sich auf der Flucht befinden.

* Die Reichsregierung beschließt, eine schnelle Erledigung des Fährtenabbindungsgesetzes herbeizuführen.

* Zwischen Deutschland und Österreich ist eine Zusatzvereinbarung zum Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden, die beiden Teilen Zollermäßigungen bringt.

* Dem Kapitän und der Mannschaft der „Messalia“ ist vom holländischen Generalkonsul die goldene und silberne Medaille überreicht worden.

* Die Zahl der Kontrakte in Deutschland hat in der letzten Zeit erheblich abgenommen.

Die Parteien zum Volkseinscheid.

Deutsche Volkspartei und Demokraten.

Der Aufmarsch der Parteien zum Volkseinscheid über die Entgegnung der ehemals regierenden Parteien hat begonnen. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei wenden sich in dieser Frage in Anrufen an ihre Parteimitglieder. Die Deutsche Volkspartei weist in ihrem Aufruf darauf hin, daß die entscheidungsgelagte Entgegnung gegen Moral, Recht und Verfassung verleihe. Der Aufruf verweist auf die Mitarbeit der Partei zur gesetzlichen Regelung dieser Frage. Die Deutsche Volkspartei werde mit allen Kräften dafür eintreten, daß die Vorlage der Reichsregierung, der die unter sozialdemokratischer Leitung stehende preussische Regierung im Reichsrat zugestimmt habe, Gesetz wird. Die Ausständigen über das Vermögen der Fürsten habe nichts mit der Wahlentscheidung zu tun. In dieser Frage gelte für die Fürsten das gleiche Recht wie für jeden deutschen Staatsbürger. Es handele sich auch nicht um die Wiederherstellung der Monarchie, sondern es gehe darum, einen Rechtsbruch zu verhindern, der dem deutschen Volk in allen seinen Schichten unermesslichen Schaden bringen würde. Der Aufruf schließt: Die Deutsche Volkspartei fordert ihre Anhänger im Lande auf, das Volk über die drohende Gefahr aufzuklären und der Verlegung entgegenzutreten. Unsere Parole lautet: Keine Beteiligung an Volkseinscheid! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern!

Die Deutsche Demokratische Partei gibt ihren Anhängern infolge der veränderten Sachlage die Beteiligung an der Abstimmung frei. In einem Aufruf des Parteivorstandes wird darauf hingewiesen, daß die Partei zu einer entscheidungsgelagten Entgegnung nicht die Hand zu bieten vermag. Der Aufruf weist aber andererseits darauf hin, daß es ein Unrecht sei, in dieser Zeit den Fürsten große Vermögen zu lassen, die sie nur als Herrscher ansammeln konnten und die sie nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken brauchen. Dieses Unrecht durch eine gerechte Regelung zu beseitigen, hat die Deutsche Demokratische Partei von ihrem ersten Antrage an durch die ganzen Verhandlungen sich bemüht und wird sie sich weiter bemühen.

Weiter Förderung des Preisabbaues.

Die Wirtschaftskrise überwinden.
Im Reichsrat machte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius Ausführungen zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues. Der Gesetzentwurf will, der die Minister hervorgehoben, das im Sommer 1925 begonnene Gesundheitswesen fortsetzen und bei dem Ziele, die Sicherheit des Wirtschaftsberleches zu fördern und der Gesundheit entgegenetzende Hemmnisse in erster Linie durch Verkämpfung des freien Marktes beseitigen zu helfen. Die Regierung ist der Auffassung, daß als unerlässliche Voraussetzung für den Wiederanstieg Deutschlands und zur Erleichterung des Verkehrsverkehrs die Hemmnisse beseitigt werden müssen, die der Selbstschuß durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Sie sind daher bereit, jede geeignete Maßnahme zu ergreifen,

um die Wirtschaft von übermäßigen Preissteigerungen zu befreien und dadurch gerade auch die gefährdeten Kräfte in ihrer Lebensfähigkeit zu fördern. Heute hat die Krise hier und da ihre Tiefpunkte bereits überschritten.

Der Minister legte dann eine Reihe von Vorschlägen für die weitere Behandlung des Entwurfes eines Preisabbaugesetzes unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage vor. Sie betreffen Verzicht zur Förderung des kurzfristigen Maßnahmen gegen Abmilderung, Abmilderung der Kartellverordnung und Abmilderung der Gewerbeordnung.

Preussisch-Samburgischer Gebietsaustausch Eine neue Denkschrift.

Die von den Staatsministern a. D. Dr. Drehs und Graf von Rodern angearbeitete zweite Etappe zu einem Staatsvertrage zwischen Preußen und Hamburg über einen Gebietsaustausch, einen Finanzausgleich und eine Verwaltungsausgleich zwischen Hamburg und seine Nachbargemeinden ist nunmehr veröffentlicht worden. Der Kern des Gutachtens ist die Abtretung des preuß. Teiles des Strompattungsgebietes zwischen Morver- und Silbersee, Wilhelmshagen, Alten- und Finkenwerder, Kattwiel-Sohelchaar) nebst dem sog. Geestritzen an Hamburg. Preußen würde im Austausch die Hamburgischen Exklaven Gohrdorf und den welschen Teil von Moorburg erhalten. Daneben ist im Gutachten ein beschränkter Finanzausgleich zugunsten der Hamburg vorgelagerten preussischen Gebiete (Altona, Wandsee, Harburg nebst Vorortgebieten) und zwar auf geeignete Kosten Hamburgs und Preußens vorgesehen. Abschließend soll für dieses Gebiet, um die erforderliche Einheitslichkeit der Verwaltung sicherzustellen, ein Verwaltungsausgleich erfolgen. Der zu diesem Zweck herangezogene Preussisch-Samburgische Austausch, partiell aufzunehmend, mit unparteilichen Vorzügen, soll eine beachtende und eine begrenzte entscheidende Zufriedenheit haben.

Anlagen gegen die preussische Regierung.

Protest gegen die Hausjuchungen.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat zu dem Vorgehen der preussischen Regierung in Zusammenhang mit den angeblich drohenden Umwälzungen eine Entschiedenheit angenommen, in der ständigen Einmütigkeit erheben wird, daß die preussische Staatsregierung bei Führern und angehenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Hausjuchungen wegen Verstoßes des Hochverrats abhalten läßt, da die Partei stets in Wort und Tat jeden Aufsch und alle illegalen Verbände entschieden verurteilt. Weiter heißt es in der Entschiedenheit: Der Staat hat das Gebot der Wachsamkeit und des Eingetretens gegenüber allen Umwälzungen, gleichgültig ob sie von der extremen Linken oder Rechten ausgehen. Die Staatsautorität wird jedoch aufs äußerste gefährdet, wenn das größte deutsche Land große Aktionen unternimmt, die bei näherer Betrachtung kein Ergebnis aufweisen. Wir müssen uns mit besonderer Schärfe gegen die in der Durchführung des Vorgehens der preussischen Regierung stehenden erkennbare Tendenzen wenden, die die Interessen des Staates mit parteipolitischen Absichten zu verflüchten. Aus innenpolitischen Gründen hätte die preussische Staatsregierung alle Verantwältigung, ein größeres Augenmerk auf die jähelose kommunistische Agitation zu lenken, die durch heftige Kundgebungen sowie großangelegte Straßenkumulationen den Boden des Umsturzes vorbereiten.

Auch eine Anzahl jenseitiger Professoren wenden sich mit einem Protest und einer Spontandeklaration für Prof. Bernhart an die Staatsautorität. Die Professoren lehnen auch politische Durchführungen über sich ergehen lassen müssen. In diesem Schreiben wird ausgeführt: Wir haben als deutsche Professoren mit tiefer Beschämung empfunden, was heute in Preußen möglich ist, das unter feinen Königen jahrdauerlang der stolze Hort der Freiheit und Gerechtigkeit war. Nachdrücklich müssen wir ausprechen, daß uns darüber heftigst erfüllt, daß in einem Lande, in dem die meisteindeutigen Hochverräter von 1918 unangefochten geblieben sind, ein unbescholtener, aufrechter und vaterlandsliebender Mann, ein hochverdienter deutscher Gelehrter, der — das wissen wir — es mit seinem Eide genau so ernst nimmt wie jeder von uns, verdächtigt, beschliffen, schließlich in seinen vier Wänden belästigt wird.

Der Reichsausschuß des Generalvereins des Wissenschaftlichen Vereins hat gegen den Berliner Polizeipräsidenten oder den nach ihm verantwortlichen Beamten Strafantrag wegen Amtsmißbrauchs, meenen

hausfriedensbruchs und wegen Verleumdung gestellt. Die Straftaten werden als begangen angesehen durch die bei Generaldirektor Wislitz durchgeführte Hausjuchung.

Wirtschaftsabkommen mit Österreich.

Weitere Beratungen im Herbst.

In Wien ist ein Zusatzvertrag zu dem geltenden deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen unterzeichnet worden. Er umfaßt zolltarifliche Zugeständnisse, die in den bestehenden Abmachungen nicht enthalten waren, sowie bei einzelnen Positionen Änderungen der bisherigen Vertragsätze. Von der österreichischen Seite wurden ermäßigte Sätze zugesprochen, insbesondere für deutsche Schamweine, verschiedene Käsearten und Fischkonserven, baumwollene Sandstrümpfe, Fäshwaren, Goldarbeiten, Schmiedearbeiten, Eisenbahnwagen aus Glas, Blechwaren, Leinwandstoffe kann künftig zollfrei nach Österreich eingeführt werden. In den bisherigen Vertragsätzen zum österreichischen Tarif ergeben sich unter anderem Änderungen bei Strümpfen, Kattseppischen, Scheren, Sulfäure, Wäffelstoffen, baumwollenen Wirkwaren und Wollgeweben.

Für Werke nordischen Schlags (reines Kaltblut) wurden Österreich die Sätze des deutsch-dänischen Vertrags zugesprochen. Bei Eisenbahnwagen wurde der Satz für geschmiedete Räder ermäßigt und eine Einigung über die deutschen Gedächtnisbuchstaben erzielt. Damit ist das für die diesmaligen Verhandlungen in Aussicht genommene Programm durchgeführt. Von beiden Seiten ist beabsichtigt, im Herbst zur Beratung anderer Tarifpositionen neuerdings zusammenzutreten.

Der Abrüstungsausschuß in Genf.

Amerika und die Abrüstung.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Gewisse britische Kreise verhehlen nicht länger die Auffassung, daß mindestens für dieses Jahr nicht die letzte Aussicht auf Abhaltung einer Abrüstungsvollkonferenz besteht. Das wahre Ziel der Genfer Konferenz ist anscheinend nicht gewesen, eine Vollkonferenz vorzubereiten, sondern vielmehr festzustellen, ob die Einberufung einer solchen Vollkonferenz überhaupt am Platze sei oder nicht. Die nunmehr ergangene Antwort wird als ausgeprochen negativ angesehen.

„Times“ meldet aus Washington: Mit Bezug auf die spanische Anregung, daß die Frage der Abrüstung zur See am besten durch eine Konferenz gefördert werden könnte, an der sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan beteiligen sollten, wird im Amerikaner „Daily“, unter anderen Umständen und in einem anderen Augenblick“ förmlich die Anregung mit großer Sympathie erwohnen werden. Aber die Vereinigten Staaten seien zu voller und aufrichtiger Zusammenarbeit an der jetzigen Genfer Konferenz verpflichtet und die Hoffnung, daß etwas dauernd Wertvolles sich aus dieser Konferenz ergeben werde, würde verflüchten, wenn drei der großen beteiligten Nationen jetzt andere Pläne fassen würden. Costlydes Aufstellung müsse so verstanden werden, daß er den Plan einer Dreimächtekonferenz möglicherweise als wertvoll betrachte in dem Maße, daß die Genfer Konferenz ergebnislos verlaufen werde.

Die Front der Afristruppen durchbrochen.

Französisch-spanische Erfolge in Marokko.

Die neue Marokko-Ostfront hat, wenn man den aus Paris und Madrid kommenden Zeitungsnachrichten Glauben schenken darf, den französisch-spanischen Truppen großen Erfolg gebracht. Die Truppen beseitigen jetzt die eroberten Stellungen und organisieren die Verbindung nach rückwärts, damit der Munitions- und Verpflegungsnachschub glatt funktioniert geht.

Im Zentrum der Front, in der Gegend des Jebel Taunt, ist die Front der Afristruppen durchbrochen und die politische Grenze zwischen dem französischen und dem spanischen Schutzgebiet erreicht. Im spanischen Frontabschnitt haben die Franzosen den Beloruf südwestlich von Suel-Arba-de-Taurit überschritten und sich an dem Welter des Flusses festgesetzt. Die rechts von ihnen vorgehenden spanischen Truppen folgten eine feste Verbindung durch Kavallerie mit den links von ihr einestehenden Verbänden hergestellt, und zwar

